

Lesen Sie, worüber andere Zeitungen noch nicht berichten...

## Raus mit den Atomanlagen aus dem Wohngebiet!

Unbefugten ist das Betreten des Betriebsgeländes streng verboten!



**OB verurteilt ... weiter auf Seite 8**

Hoffmann handelte rechtswidrig. Er hatte Akteneinsichten verweigert. Das Gericht gab jetzt den Fraktionen von BIBS und Piraten ohne Zulassung der Berufung Recht.

**Braunschweiger Totenkopf. „Pardon wird nicht gegeben“ weiter auf Seite 5**

Victoria Luise zeigte sich gern in militaristischer Uniform.



Die radiologischen Umgangs-genehmigungen und atomaren Firmenpotentiale auf dem Buchler-Gelände in Thune sind mit der Wohnnutzung unvereinbar. Die Stadt Braun-

schweig und die politischen Parteien und Vertretungen sind gefordert:

1. nachdrücklich mit dem Land Niedersachsen über die Herausnahme der atomaren Anlagen

und Zwischenlager aus dem Wohngebiet zu verhandeln, 2. im aufzustellenden Bebauungsplan explizit (z. B. in einer Präambel) die Unvereinbarkeit von Wohnen und radiologischer

Produktion, Be- und Entsorgung festzuschreiben.

**Begründung:**

Zur seinerzeitigen Verlagerung der chemischen Fabrik Buchler hieß es... weiter auf Seite 2

## BraWo! 1600 Parkplätze und kein Platz für Radwege



**Auch die Grünen stimmten im Planungs- und Umweltausschuss am 10.04.2013 gegen einen Radweg am Hauptbahnhof:**

Der Bau des BraWo-Parks soll nach dem Willen des Investors ohne einen quartiersübergreifenden Rad- und Fußweg auf dem ehemaligen Postgleis und durch den Pakettunnel in Richtung Akerstraße erfolgen. Keine der etablierten Parteien im Stadtrat fand sich bereit, dem einstimmigen Votum des Stadtbezirksrates vom 08.04.2013 zu folgen, der die Realisierung des Radwegs am Bahnhof auf Antrag von Peter Linsenbarth (BIBS) gefordert hatte. Immer deutlicher sickern einzelne Informationen durch, die dafür sprechen, wie sehr es der Verwaltung und den Parteien daran gelegen ist, die Volksbank nicht zu verprellen. Sachargumente scheinen

nicht mehr zu zählen. Die städtische Verwaltung versuchte dabei sogar durch Vorlage eines falschen Protokolls, die Interessen der Volksbank am Hauptbahnhof zur Entwicklung ihres so genannten „BraWo-Parks“ durchzusetzen: in der richtigen Version hatte die Stadt nämlich im Dezember 2012 noch selbst mitgeteilt, dass sie den Radweg und 1600 Parkplätze plane.

Insgesamt werden die Grundlagen des städtischen Planungsprimates dabei auf den Kopf gestellt: Bevor die politischen Gremien über die Planungsvorgaben abgestimmt haben, wird bereits mitgeteilt, dass die Planung schon soweit abgeschlossen sei, dass man nichts mehr ändern könne. Immerhin einigte sich der Rat am 23.04.2013 darauf, den BIBS-Antrag zu vertagen.

Sebastian Barnstorf

**BS-Energy weiter auf Seite 4**

Heidberger Fernwärmekunde rechnet nach: Energiekosten für's Ein-Familienhaus in Hannover um ein Drittel niedriger als bei BS-Energy.



**Jetzt schlägt's 13 weiter auf Seite 5**

Stadt will von Braunschweiger Geschichte zum internationalen Frauentag nichts wissen und gibt stattdessen 1,2 Millionen für Adelsverehrung und Untertanengeist aus.



**Aktive Gruppen weiter auf Seite 6**

Das Braunschweiger Amtsgericht hat Probleme mit der Öffentlichkeit: die Vorfälle reichen von entwürdigender Behandlung bis Pöbeleien durch Justizpersonal.

## Als Mäuschen an der Tafelrunde

Warum OB Hoffmann den BZ-Chefredakteur bevorzugt behandelt

Als Vorspeise gab es Schafskäse in Oliven-Fritatta, Spinattorte, Vitello Tonnato und Carpaccio. Dann wandte man sich den Kalbsrückenröllchen gefüllt mit Mozzarella, Schinken und Kräutern zu.

Zwei städtische Bedienstete und zwei Miet-Servicekräfte (Kosten: 208,25 Euro) schenkten Sherry, Aperol mit Sekt, Pinot Bianco aus dem Friaul (15,90 Euro zzgl. MwSt. pro Flasche) sowie roten „Vino Nobile di Montepulciano (18,80 Euro/Flasche) aus.

Im festlichen Rahmen des barocken Lustschlossens Richmond gab Oberbürgermeister Hoffmann einen „städtischen Empfang“ für Frau Johanna Wanka, die sich gerade „für ihre geleisteten Verdienste um die Löwenstadt“ in Braunschweigs Goldenes Buch ein-

getragen hatte.

Nun mag sich die Frage stellen: Was reitet eigentlich eine Stadt, deren Oberverwaltungsbeamter seit Jahren gebetsmühlenartig Spar-Appelle an sein Wahlvolk richtet, für eine abgedankte Niedersächsische Landesministerin einen Empfang zu geben? Zumal Frau Wanka doch nur ihren gutdotierten Ministersessel in Hannover gegen ein noch besser dotiertes Ministeramt in Berlin eintauschte? Ein Schelm, wer da nicht an eine mögliche CDU-Nachfolge Wanka's an der Spitze der Braunschweiger Kommunalpolitik denkt – falls es für die Professorin aus Merseburg bei der nächsten Bundestagswahl in Berlin nicht mehr „reichen“ sollte.

Doch noch interessanter an diesem

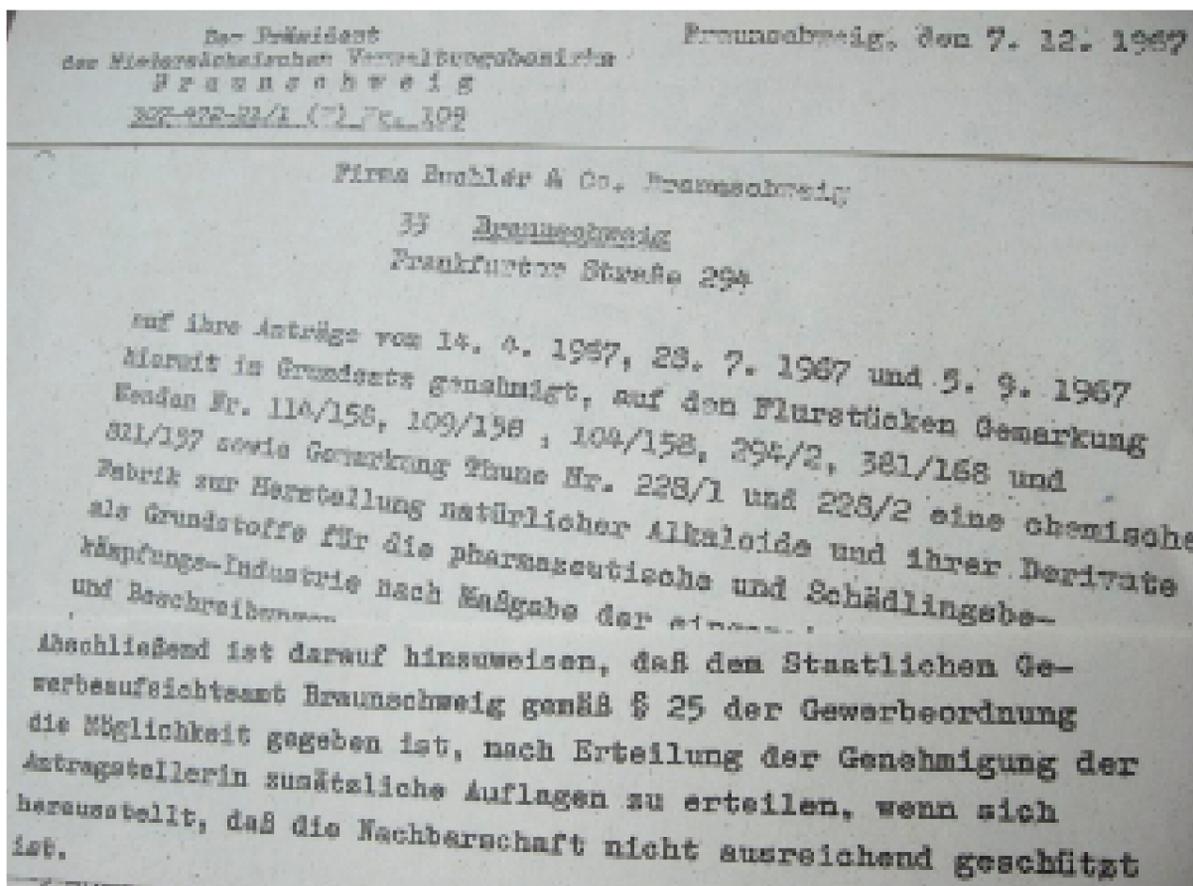
„städtischen Empfang“ ist ein anderer Fakt. Nicht etwa die Spitzen der übrigen Braunschweiger Ratsfraktionen nahmen beim Dinner in Schloss Richmond zu Ehren der ministeriellen Jobhopperin teil. Sondern neben Hoffmann und Wanka die Herrschaften Lothar Hagebölling (berenteter Staatssekretär), Friedrich Weber (Landesbischof), Jürgen Hesselbach (TU-Präsident) und Julius von Ingelheim, Geschäftsführer der Allianz für die Region GmbH, nebst Gattinnen. Wenigstens lässt die personelle Besetzung durchaus Rückschlüsse auf die dort womöglich geführten Gespräche zu.

Zu noch mehr Aufklärung hätte eigentlich der Journalist Armin Maus, Angestellter des privatwirtschaftlichen Verlagsunternehmens „Braunschweiger

Zeitung“ beitragen können. Denn Maus durfte an der Tafelrunde der Mächtigen Mäuschen spielen. Leider hat er, und das ist wohl nicht unbedingt ein Nachweis seiner journalistischen Kompetenz, kein Wort über das dort Erfahrene in seiner Gazette kolportiert. Wozu sind BZ-Redakteure eigentlich da außer zum Berichten? Zum Schlemmen, Kungeln und Verschweigen?

„Unser-Braunschweig“-Reporter Klaus Knodt wollte von Oberbürgermeister Hoffmann wissen: Wurden zu diesem Abendessen auch andere Braunschweiger Journalisten nebst Gattin eingeladen? Wenn ja, welche? Ich bin ebenfalls Braunschweiger Journalist und wurde zu diesem Abendessen nicht eingeladen. Aus welchem Grund?

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 1

im Bescheid der Bezirksregierung vom 7.12.1967 für alle Flächen Harxbütteler Str. und Gieselweg: „...chemische Fabrik zur Herstellung natürlicher Alkaloide...“

Nirgendwo stand da etwas von radiologischer Produktion oder Anlagen gemäß Atomgesetz. Im Gegenteil steht in dem Bescheid auf S. 7 der bemerkenswerte Satz: „Abschließend ist darauf

hinzuweisen, dass dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt gemäß §25 der Gewerbeordnung die Möglichkeit gegeben ist, nach Erteilung der Genehmigung der Antragstellerin zusätzliche Auflagen zu erteilen, wenn sich herausstellt, dass die Nachbarschaft nicht ausreichend geschützt ist.“ (Bescheid vom 7.12.1967, S. 7)

Die Stadt und mit ihr die Bewohner bezweifeln, dass die

Menschen mit der heute vorgefundenen Nutzung genügend geschützt sind.

Eine Nachregulierung ist daher dringend erforderlich.



## Strahlende Frachten



**Zufällige Strahlungsmessung an Kleintransporter an der Tankstelle in Wenden am 2.4.2013.**



Zum Vergleich: Diese Strahlenbelastung ist vergleichbar mit der eines Castor-Behälters im Abstand von 6-7 Metern! Das entspricht dem 216-fachen der in Thune natürlich vorkommenden Strahlung.

**Die weißen Transportwagen mit dem Radioaktiv-Zeichen sind Ihnen vielleicht auch schon aufgefallen.**

Sie gehören in Wenden/Thune schon fast zum täglichen Erscheinungsbild, da sie die radioaktiven Stoffe zu und von dem Thuner Firmenkomplex transportieren. Wie wahrscheinlich die mei-

sten anderen Bürger auch sind wir bisher davon ausgegangen, dass die radioaktiven Stoffe stark abgeschirmt sind und radioaktive Strahlung somit (fast) nicht nach außen tritt. Dem ist jedoch leider nicht so: Eine Messung von uns zeigte nun, dass bei einem weißen EZN-Transporter in einem Abstand von

ca. zwei Metern eine stark erhöhte radioaktive Strahlung von 17,07 µSv/h festgestellt wurde. Zum Vergleich: Diese Strahlenbelastung ist vergleichbar mit der eines Castor-Behälters im Abstand von 6-7 Metern! Das entspricht dem 216-fachen der in Thune natürlich vorkommenden Strahlung.

## Wieviele Uran lagert in Thune?

**Eine Anfrage der Grünen im Bundestag brachte es an den Tag: In den letzten 10 Jahren gab es über 1.000 Urantransporte zwischen Thune und Ländern außerhalb der EU.** Insgesamt wurden über 66 Tonnen Uran bewegt – vornehmlich als Transportbehälter für stark strahlende Fracht. Ein Grund für die BISS e.V., beim Thema Uran nachzuhaken: Die radioaktive Aktivität war laut Gewerbeaufsichtsamt Ende 2011 so hoch, dass man von über 10 Tonnen Uran auf dem Firmengelände ausgehen muss.

Am 17.09.2012 hat die BISS nach monatelangem zählen Ringen endlich eine Inventarliste erhalten. Demnach befanden sich am 31.12.2011 zusätzlich zu den Plutonium-Beryllium-Kernbrennstoffen weitere 170 Nuklide auf dem Firmengelände. Hierzu zählten auch verschiedene Uran-Nuklide: U-238 (und deren Zerfallsprodukte) mit 139 Milliarden Becquerel. Über die spezifische Aktivität kann hierdurch auf die Masse geschlossen werden. Demnach waren in Thune ca. 11 Tonnen

Uran (U-238) vorhanden.

„Uran ist ein Metall, dessen sämtliche Isotope radioaktiv sind. Natürlich in Mineralen auftretendes Uran besteht zu etwa 99,3 % aus dem Isotop U-238 und zu 0,7 % aus U-235“ (Quelle: Wikipedia). In abgereichertem Uran wird der Anteil von U-235 auf bis zu 0,2 % reduziert. Beide Isotope werden in der offiziellen Aktivitätsliste für Thune aufgeführt. U-235 ist zu Kernspaltungskettenreaktionen fähig und wird daher in Kernkraftwerken und Atombomben eingesetzt.

Bei ca. 11 Tonnen U-238 müssten somit Ende 2011 in Thune über 21 kg des spaltbaren U-235 vorhanden gewesen sein. Ausgewiesen waren jedoch „nur“ 52,3 Millionen Becquerel. Der Masseanteil von U-235 läge demnach bei völlig unrealistischen 0,007 % und nicht bei 0,2 %. Die BISS befürchtet daher grob falsche Angaben in der ohnehin immer noch sehr unvollständigen Inventarliste. Wir haben EZN um Aufklärung gebeten, bislang aber noch keine Antwort erhalten. BISS e.V.

## Terrorgefahr und gesundheitliche Risiken durch radioaktives Mo-99

**Recherchen der Bürgerinitiative Strahlenschutz Braunschweig e.V. (BISS) haben ergeben, dass auf das Gelände der Firma GE Healthcare/Buchler GmbH im Braunschweiger Stadtteil Thune regelmäßig stark strahlendes Molybdän-99 (Mo-99) aus Südafrika geliefert wird.** Die BISS befürchtet, dass Terroristen dieses Material für Anschläge nutzen könnten, und hält die Sicherung der Transporte sowie des Firmengeländes selbst für völlig unzureichend.

Die offensichtlich ungesicherten Transporte (jeweils nur ein Fahrer, kein bewaffneter Begleitschutz, einfache Lieferwagen) sind aufgrund des bekannten Ausgangs- und Zielortes leicht auszuspähen. Das Firmengelände ist lediglich durch einen ca. 2 Meter hohen Zaun und zwei Werksschützer gesichert, die einen bewaffneten Raub so wenig verhindern könnten wie die firmeneigenen Überwachungskameras.

Die BISS geht davon aus, dass sich in den ca. 30-Liter-Bierfass-großen Transportbehältern aus 56 kg Uran, die mehrfach monatlich angeliefert werden, eine Aktivität von mehreren Tera-Becquerel (= mehrere 1.000.000.000.000 Zerfälle pro Sekunde) in kleinen Fläschchen befindet. „Weil das radioaktive Molybdän-99 in einer Flüssigkeit vorliegt, befürchten wir, dass es bei einem Unfall freigesetzt werden könnte – möglicherweise sogar unbemerkt –, oder dass es nach einem Diebstahl in terroristischer Absicht an beliebigen Orten versprüht werden könnte“, erläutert Dr. Thomas Huk von der BISS.

Huk ergänzt: „Wir wollen keine Panik verursachen, sondern eine unserer Überzeugung nach bestehende Gefahr abgestellt wissen. Deshalb haben wir die Firma, den Oberbürgermeister und das Gewerbeaufsichtsamt (GAA) vorab über die Recherchen informiert und darum gebeten, uns entweder auf eventuelle Fehler aufmerksam zu machen oder Abhilfe zu schaffen.“

Inzwischen haben wir die Rückmeldungen erhalten: Angaben über mögliche Fehler in unseren Recherchen haben wir nicht erhalten. Stattdessen hat uns das GAA bestätigt, dass neben I-131 auch Mo-99 transportiert wird, und zwar „seit einigen Jahren“.

Abhilfe wurde aber auch nicht zugesichert: Oberbürgermeister Dr. Hoffmann: „Nicht zuständig; ausschließlich Sache des GAA.“ Leiter des GAA, Herr Aplowski: „Kein Handlungsbedarf. ... Vorsätzliche kriminelle Handlungen sind jedoch nicht kalkulierbar...“

Mo-99 zerfällt zu Technetium-99, das ein extrem wichtiger Stoff für nuklearmedizinische Untersuchungen ist. Thomas Huk stellt klar: „Natürlich haben wir nichts gegen die Herstellung dieser wichtigen medizinischen Substanzen, die täglich helfen, Leben zu retten. Aber dabei muss Missbrauch ausgeschlossen werden. Und die Verarbeitung gehört nicht neben ein Wohngebiet!“ Die Thuner Atombetriebe liegen nur ca. 50 m vom nächsten Wohnhaus und nur wenige hundert Meter von einer Grundschule und Braunschweigs größtem Gymnasium, demnächst auch noch einer Kinderkrippe und einem Jugendzentrum, entfernt.

Die Firma GE Healthcare/Buchler GmbH gehört zu 40% der alteingesessenen Braunschweiger Firma Buchler GmbH, deren vorheriges Betriebsgrundstück nahe der Innenstadt aufwändig von atomaren Altlasten gereinigt werden musste. Der Vorgänger Amersham Buchler ist durch falsch deklarierte Atommüllfässer für die ASSE in Erinnerung, die unerlaubte flüssige Abfälle und eine bis zu 3000-fach über den Grenzwerten liegende Radioaktivität enthielten.

Die ebenfalls auf dem Gelände ansässige und mit Buchler und GE/Buchler verflochtene Firma Eckert & Ziegler/Nuclitec plant eine massive Ausweitung der Bearbeitung von Atommüll in Thune zur Endlagerung im nahen Schacht Konrad.

# Fracking: Rot-grüne Koalition in Niedersachsen kommt Industrie entgegen

Vor der niedersächsischen Landtagswahl waren die Positionen von SPD und Grünen zum Thema Fracking recht klar: Die Grünen wollten unkonventionelle Gasförderung komplett verbieten. Die SPD führte in ihrem Wahlprogramm aus, dass sie „Fracking [...] unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen“ werde.

Außerdem müssten „Risiken für Mensch und Natur ausgeschlossen werden können“, „wenn Fracking in Niedersachsen zugelassen werden soll“. Wer sich mit der Materie ein wenig auskennt, weiß: Risiken können bei der Gasförderung niemals vollkommen ausgeschlossen werden. Das dürfte auch den Autoren des Wahlprogramm-Abschnitts klar gewesen sein. Es war also die Formulierung eines Defacto-Verbots.

Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung liest sich ganz anders. Dort heißt es nun, dass „zur Beurteilung der Risiken und der technischen Beherrschbarkeit“ noch „viele und grundlegende Informationen fehlen“ würden. Die „offenen Fragestellungen“ der vorliegenden Gutachten seien „zu klären“. Solange die Risiken und Auswirkungen „nicht kalkuliert werden können“, sei „ein Einstieg in die Förderung von unkonventionellem Erdgas nicht akzeptabel“.

Diese neue Formulierung hat es in sich - denn nun sollen Risiken nur noch „kalkulierbar“ sein. Weiterhin sind mit der Vereinbarung Probebohrungen und weitere aus öffentlichen Geldern finanzierte Forschungsvorhaben möglich. Die Position der Landesregierung ist damit in dieser Frage nicht weit von den Vorstellungen der Bundesregierung entfernt.

## Erneutes Beben in Niedersachsen, schweres Erdbeben in den USA

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Erdgasförderung und Erdbeben? In einer im April veröffentlichten Studie der University of Oklahoma identifizierten die Wissenschaftler Verpressbohrungen als Auslöser für das stärkste jemals verzeichnete Erdbeben im US-Bundesstaat Oklahoma. Durch das Beben der Stärke 5,7 im November 2011 waren zwei Menschen verletzt und 17 Häuser zerstört worden. Die Verpressung fand dort zuvor 17

Jahre lang ohne seismische Zwischenfälle statt.

Auch in Niedersachsen kommt es in unregelmäßigen Abständen zu Beben im Umfeld von Gasfeldern. Zuletzt hatte im November letzten Jahres zwischen Völkersen und Langwedel die Erde gebebt - mit einer Stärke von 2,9. Menschen wurden nicht verletzt, es kam zu Schäden an Gebäuden. Laut NDR hatte dort bereits 2011 die Erde (Starke 2,5) gebebt.

## Nordhessen soll von Fracking-Vorhaben ausgenommen werden

Hessens Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) hat Mitte April dem Re-

chen sich gegen den Einsatz giftiger Stoffe beim Fracking aus. Auch in Nordhessen hat sich das kanadische Unternehmen BNK, genau wie um Braunschweig herum, Bergbauberechtigungen gesichert.

## AK fordert generelles Verbot von Fracking

Während die Bundesregierung eine Verordnung vorbereitet, die Fracking-Vorhaben unter geringen Auflagen erlaubt, spricht sich der AK Fracking Braunschweiger Land für ein generelles Verbot aus.

Bereits im letzten Jahr haben zahlreiche Initiativen, u.a. der AK Fracking gegen die unkonventionelle Erdgas-

allen fossilen Energieträgern haben muss.

## Region in Spanien verbietet Fracking-Vorhaben

In Kantabrien, in der die Volkspartei die absolute Mehrheit im Regionalparlament hat, wurde am 08.04.2013 ein Fracking-Vorhaben verboten. Dies ist um so erstaunlicher, da die Region als schieferreich gilt, weswegen dort ein erhebliches Potenzial an Schiefergasreserven vermutet wird. Auch hatte die spanische Zentralregierung gehofft, durch das Schiefergas Arbeitsplätze schaffen zu können. Das Regionalparlament nannte als Begründung für das

einen gemeinsamen Vorschlag zum Umgang mit Fracking veröffentlicht. In vielen Medien wurde daraufhin berichtet, mit den geplanten Änderungen werde „Fracking ermöglicht“. Diese Einschätzung ist allerdings fragwürdig, da aktuell schlicht keine besonderen Regelungen für unkonventionelle Gasförderung existieren, wodurch die Regeln für konventionelle Gasförderung gelten.

Im Entwurf zur Änderung der Verordnung zu Umweltverträglichkeitsprüfungen und des Wasserhaushaltsgesetzes soll Fracking in Wasserschutzgebieten in der Regel verboten werden und Umweltverträglichkeitsprüfungen zum Standard werden. Allerdings bleiben viele andere besonders schutzwürdige Zonen wie Trinkwassergewinnungs- und Naturschutzgebiete weiter von einem generellen Schutz ausgenommen - von einem allgemeinen Verbot ganz zu schweigen. Weiterhin sehen die Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes Entschädigungen vor, sollte die Wasserbehörde einem Unternehmen die Gasförderung untersagen - auch bei Untersagung in einem Wasserschutzgebiet.

Der Entwurf stieß bei vielen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden auf Kritik. So kritisierte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in einer Stellungnahme neben der Beschränkung des Verbots auf Wasserschutzgebiete auch, dass nicht alle Tiefbohrungen in die UVP-Pflicht aufgenommen wurden. Auch konventionelle Erdgasbohrungen wären riskant. Verpressbohrungen seien weiterhin erlaubt und die Übergangsphase von 6 Monaten bis zur Wirksamkeit der Neuregelung deutlich zu lang. Nachdem der Vorschlag eigentlich Mitte April in einer Kabinettsitzung behandelt werden sollte, wurde die Entscheidung über die Einbringung in den Bundestag nun verschoben - angeblich wegen wachsenden Widerstandes innerhalb der CDU. Ein Aufschub bis nach der Bundestagswahl scheint möglich. Indes macht sich der Wirtschaftsrat der CDU, eine Lobbyorganisation von CDU-nahen Wirtschaftsunternehmen, für eine schnelle Verabschiedung des Entwurfs stark.



gierungspräsidium in Darmstadt empfohlen keine Genehmigungen für Fracking-Vorhaben in Nord-Hessen zu erteilen. Zuvor hatte das Umweltministerium Hessens zwei Gutachten in Auftrag gegeben, die sich mit den Voraussetzungen für Fracking-Vorhaben in Nordhessen befassen haben. In beiden Gutachten kommt man u.a. zu dem Schluss, dass etwa aufgrund von Trinkwasserschutzgebieten und anderen geologischen Voraussetzungen nur ein geringer Teil der Gesamtfläche für Fracking zur Verfügung stünde. Kritiker in Hessen fordern weiterhin ein landesweites Moratorium und spre-

förderung bei ihrem 1. Bundestreffen eine Resolution verabschiedet. Zu den Forderungen gehört nicht nur das Verbot für solche Vorhaben, sondern auch das Verbot Abwässer in den Untergrund zu verpressen sowie die Beweislastumkehr bei Schäden. Daher ist eine Überarbeitung des Bundesbergrechtes zwingend notwendig. Eine grundsätzliche Einbindung des Wasserhaushaltsgesetzes bei allen bergrechtlichen Entscheidungen muss vorgeschrieben sein: Wasserrecht vor Bergrecht! Desweiteren sprechen sich die Initiativen dafür aus, dass der Ausbau von regenerativer Energie Vorrang vor

Verbot die mit dem Frack-Verfahren verbundenen Umweltrisiken und zeigt damit deutlich, dass sie die Bedenken der Bürger ernst nehmen. Eine unversehrte Umwelt ist wichtiger als kurzfristige Arbeitsplätze und da Spanien gefördertes Gas hauptsächlich exportiert, ist die erhoffte Energieunabhängigkeit auch durch unkonventionelle Erdgasförderung nicht zu erreichen.

## Entscheidung auf Bundesebene erst nach der Wahl?

Vor wenigen Wochen hatten Wirtschafts- und Umweltministerium

# Atomare Transporte und Zwischenlagerungen auf Braunschweiger Stadtgebiet

Bei Eckert&Ziegler spekuliert man mit Schacht Konrad und hat dafür nicht nur die für die Stollen passende Behälter - sog. „Konrad-Container“ - und überregionale Transportgenehmigungen gesichert. Solange Schacht Konrad nicht bereitstehe, lagere man eben die Atomabfälle zwischen.

## Protzerei mit Atom-Endlager in Schacht Konrad und Zwischenlager in Thune

Ganz offen wird da schon mal von Eckert&Ziegler im Geschäftsbericht 2012 gegenüber Kapitalanlegern mit dem eigenen Zugriff auf ein Endlager geprotzt. Bis es soweit sei, besitze man bereits Genehmigungen für die Zwischenlagerung solcher Abfälle.

Zwar werde „die Expansion am Standort Braunschweig [...] politisch

erschwert“, aber trotzdem sehe man „Wachstumschancen, [die] sich aus Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der geplanten Öffnung des Schachtes Konrad [ergeben].“, (Einzelabschluss 2012 vom 28.3.2013, S.28).

## Schacht Konrad, die geplante Entsorgungs-Kippe der Firmen Eckert&Ziegler/Buchler?

Vorbereitungsarbeiten seitens Eckert&Ziegler zur Öffnung von Schacht Konrad? Wie kann das sein, wo doch 1. der Schacht Konrad bislang nicht der privaten Verfügung von EZAG unterliegt und 2. gerade die Nachricht über die Ticker lief, dass bauliche Unzulänglichkeiten eine geplante Verfügbarkeit des Schachtes nochmal um weitere 2 Jahre bis ins Jahr 2021 hinausschieben werden?



Der Atom-Verschiebehnhof Beddingen liegt auf Braunschweiger Stadtgebiet im Stadtbezirk 222 (Geitelde/Timmerlah). Hier soll der herangekarrte Atommüll auf die Gleisanlagen nach Schacht Konrad umverladen werden, wenn... ja wenn Schacht Konrad als Endlager bereitstünde.

# Aus Zwei mach Elf

## So trickst Braunschweigs Stadtverwaltung

Eigentlich geht es nur um ein paar Blatt Papier. Zum großmannssüchtigen, millionenteuren Umbau des ehemaligen Postareals und jetzigen „BraWoParks“ am Bahnhof zwischen Berliner Platz und Schillstraße mit Intercity-Hotel, Business-Center, Fachmärkten und Gastronomie muss ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden. Hierzu ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer öffentlichen Information mit Fragestunde gesetzlich vorgeschrieben. Die fand am 12. Dezember um 18.30 Uhr in der Kantine des sogenannten „BraWoParks“ statt und musste protokolliert werden. Und damit beginnt die Geschichte über die Trickereien der Hoffmann'schen Stadtverwaltung. Denn über diese Bürgerbeteiligungsveranstaltung hat die Verwaltung gleich zwei Protokolle veröffentlicht. Das erste umfasst fünf DIN-A-4-Seiten, wurde am 14. Dezember 2012 von Dipl.-Ing H. Schwerdt, Stadtplaner, gezeichnet und schildert detailliert das Bauvorhaben sowie drei Bürgeranfragen zur Planung. Der Protokollant vermerkte, dass an der Veranstaltung, die von 18.30 Uhr bis 19.45 Uhr andauert habe, „ca. 2 Bürgerinnen und Bürger“ teilgenommen hätten (wäre eigentlich schön, wenn Dipl.-Ing's so circa genau bis „2“ zählen könnten).

Das zweite Protokoll über dieselbe Veranstaltung wurde mit „Stand: 20. Dezember 2012“ ebenfalls von Dipl.-Ing H. Schwerdt gezeichnet und ersetzt das Protokoll Nummer Eins. Es hat nur noch knapp über zwei Seiten und behandelt deutlich ausführlicher als das Vorgänger-Protokoll vier Bürgeranfragen zum Thema, davon eine mit Zusatzfrage. Laut zweitem Protokoll dauerte dieselbe Veranstaltung diesmal von 18.35 Uhr bis 19.30 Uhr. Die Teilnehmerzahl erhöhte sich in wundersamer Art und Weise auf „11 Bürgerinnen und Bürger“, die plötzlich was zur Radwegführung und dem Ringgleisweg wissen wollten. Dafür fehlt in Protokoll 2 der Satz: „Die Stadt plant langfristig durch einen Durchstich des südlich des Areals gelegenen Pakettunnels unter der Bahn hindurch eine Verbindung zur Ackerstraße und somit zum Ringgleis zu schaffen.“

Aus „ca. 2“ mach „11“ – das gelingt wohl nur einer Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann. Aber mit ähnlichen Taschenspielertricks hat er ja auch schon die Verschuldung der Stadt auf „nahezu Null“ heruntergerechnet. Bleibt die Frage, welche Trickereien es noch gibt, die bis heute gar nicht entdeckt wurden.

Das unliebsame Protokoll wurde inzwischen aus dem Netz gelöscht.

(kno)

# Akteneinsicht Borek

## Borekstiftung wurde begünstigt

Die Akteneinsicht offenbart die einseitige \*Begünstigungen\* für die Borekstiftung und sogar eine \*Parteinahme Hoffmanns zugunsten Boreks in einem laufenden Gerichtsverfahren. Zitate aus einem Schreiben von Borek an Hoffmann vom 14.6.2005: *„Sehr geehrter Herr Dr. Hoffmann, ... wegen der Auseinandersetzung mit Herrn Prof. Weber bitte ich um eine Ergänzung dieses Vertrages [zum Ruhfäutchenplatz und Weber-Säule], die auch notariell beglaubigt werden muß und zwar durch Hinzufügung eines Paragraphen 7 mit folgendem Wortlaut: „§7 Rücktrittsrecht: Die Stiftung hat das Recht, von diesem Vertrag bis zur Aufstellung der Säule jederzeit, ohne Angabe von Gründen zurückzutreten“*

*Da am 29.6. eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht stattfindet, wäre ich Ihnen dankbar, wenn diese Ergänzung noch vor diesem Termin durchgeführt werden könnte. Richard Borek.*

Die so gewünschte notarielle Beurkundung erfolgte dann am 27.6.2005, exakt so, wie von Borek gewünscht.

## Gebührenordnung bei Borek außer Acht gelassen.

In einem weiteren Fall wollte Herr Borek kostenlos 104 Fotos der Stadt bekommen. So schrieb er am 21.11.2007 an die Stadt eine mail: *„Natürlich möchten wir nicht pro Foto 35,75 € zahlen“.* Das Rathaus parierte aufs Wort: *„Sehr geehrter Herr Borek, vielen Dank für Ihre mail. Selbstverständlich wird die Stadt die Gebührenordnung für die Verwendung städtischer Fotos nicht zur Anwendung bringen gegenüber einem wichtigen Sponsor und Mäzen der Stadt Braunschweig. Gruß gez. im Auftrag von Dezernenten Herrn Laczny Dez.IV“*

Peter Rosenbaum

**Impressum**  
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de  
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Ingeborg Gerlach  
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG  
Woltorfer Straße 116-118, 31224 Peine

# Warum ist Fernwärme in Braunschweig viel teurer als in Hannover?

## War das Selbstlob von BS-Energy nur ein Aprilscherz?

Ein Bürger im Heidberg prüfte die neuen Fernwärmepreise nach. Der einst kommunale Energieversorger BS-Energy rühmt sich nämlich am 1.4.2013 auf seiner Homepage für „erstklassigen Service“ und „günstige Preise“. Das Ergebnis: Für ein Einfamilienhaus kostet die Fernwärme bei BS-Energy 9,1237 ct/kWh. Darin sind Grund- und Arbeitspreis eingeschlossen. In Hannover sind es bei

den dortigen Stadtwerken nur 6,9448 ct/kWh. Warum ist die Fernwärme von BS-Energy um 31% teurer als die Fernwärme der Stadtwerke Hannover? Das war dann die Frage an das Rathaus.

Das Rathaus meldete sich umgehend beim Fragesteller, man sei dafür nicht mehr zuständig, sondern BS-Energy. Seit der Privatisierung von drei Viertel der Versorgungs-AG an veolia, hat der Rat keinen Einfluss mehr auf die Höhe der Energiepreise.

# Regionsscherbenhaufen

## Kriegerische Töne kamen in der Region nicht so gut an. In der Region wuchs die Furcht vor Braunschweiger Mitgiftjägern.

Braunschweigs Oberbürgermeister offenbarte Mitte März den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses - nach längerer Abstinenz - seinen Regionsscherbenhaufen: Seine Aktivitäten zur aktuellen Fusionsdiskussion zwischen Helmstedt und Wolfsburg sei von den Helmstedtern und Königslutteranern als „unfreundlicher Akt“ aufgefasst worden und von den Wolfsburgern sogar als „Kriegserklärung“.

## Gewerbegebiet Borsigstr. als Kollateralschaden des Zerwürfnisses?

Schwere Zeiten sieht Hoffmann für Braunschweig kommen, wenn ein Oberzentrum Wolfsburg nun mit praller Börse und vielen Neubürgern unmittelbar bis an die Stadtmauern Braunschweigs vordringe.

Das könnte neue Handelszentren direkt vor Braunschweigs Nase bedeuten wie auch in der Gewerbe-Ansiedlungspoli-

tik die Verhinderung von VW-Zulieferern auf Braunschweiger Stadtgebiet.

## Thron gewonnen, Krieg verloren

Von Krieg und rabaukigen Tönen in Hoffmanns Politik war nun freilich in der Vergangenheit bereits mehrfach die Rede:

- Sparkassenstreit: da redete Hoffmann davon, dem Land die „Pistole auf die Brust setzen“ zu wollen und drohte der Nord-LB und dem Land mit einer eigenen Sparkasse notfalls unter Hereinnahme großer Geschäftsbanken - und er bekam seinen Sitz in einer eigens kreierte AIDA (Anstalt in der Anstalt), der sog. „Braunschweigischen Landessparkasse“.

- Der Fürsten-Thron wurde nach mehrjährigem Museumsstreit mit dem Land Niedersachsen 2010 als Dauerleihgabe des Landes im Braunschweiger Schlossmuseum aufgestellt, das ganze Museum danach der Borek-Stiftung unterstellt. Originalton Hoffmann damals eine Stunde vor Vertragsunterzeichnung mit der damaligen Ministerin Wanka:

„Wir haben den Thron!“ - damit sei nun der Museumskrieg mit dem Land beendet...

## Isolation in der Region

Hoffmann räumt nun (diesen einen) Fehler ein, seinerzeit nicht Wolfsburgs Aufstieg zum Oberzentrum verhindert zu haben. Sein Bestreben einer Region unter Einschluss der zwei Städte Wolfsburg und Braunschweig sei nun von VW und der Stadt Wolfsburg konterkariert worden, nur noch die Gemeinde Wendhausen/Essehof wolle mit Braunschweig zusammen gehen; alle anderen suchten ihre Zukunft bei Wolfsburg. Mit der Zustimmung zur sog. RIK-Studie hatte das Braunschweiger Rathaus sich noch das Wohlwollen der Wolfsburg AG (Stadt Wolfsburg und VW) sichern wollen. Dies ist gründlich danebengegangen...

...siehe dazu auch in „Unser-Braunschweig“ Nr. 7, Seite 2/3: „Fragwürdiges Konzept 2020 der Wolfsburg AG“ - Wolfsburg, Vorbild für Braunschweig?

Peter Rosenbaum

# Flughafen Braunschweig-Wolfsburg und kein Ende



Gerade ist der Flughafen durch ein Sicherheits-Audit gefallen. Das bedeutet, es muss nachgerüstet werden. Im Norden wird jetzt statt des Tores eine sog. Vereinzelnungsanlage gebaut, die bei Betrieb bemannt werden muss. Weitere Massnahmen folgen.

Das Vorfeld und die Rollwege werden ausgebaut, damit ein störungsfreier Betrieb von Flugzeugen bis zu 52 m Spannweite, z.B. Boeing 757, stattfinden kann.

Kein einziger Nutzer, schon gar nicht die Forschung, hat ein solches Flugzeug. Aber man weiß natürlich nie, was kommt.

Das Entwässerungssystem des Flughafens hat sich als völlige Fehlplanung herausgestellt. Über einen längeren Zeitraum mussten täglich bis zu 180m<sup>3</sup> (das ist der Jahresverbrauch eines Einfamilienhauses) in die öffentliche Kanalisation gebracht werden. Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte waren der Auslöser.

Verstärkte Nachtflüge, sowie tagtägliche Lärmbelastigungen führen zu er-

sten Reaktionen. Parteien und ganze Stadtbezirksräte fordern ein Nachtflugverbot, Lärmmessstationen werden angeschafft und Stadtteile informieren sich wegen erhöhtem Fluglärm, um nur einige zu nennen. Damit nur ein einziges Flugzeug starten und landen kann, zahlen wir einer jährlichen „Betriebskostenzuschuss“ von ca. 3 Mio. €. Das ganze Projekt des Ausbaus des Flughafens und der Gewerbegebiete hat mittlerweile knapp 50 Mio. € erreicht. Ökonomisch und ökologisch ein Desaster.

Henning Jenzen



# Steuervermeidung durch VW Financial Services

Das ZDF brachte am 6.3.2013 bei „zoom“ einen Beitrag zum Thema **Steuervermeidung großer Konzerne**; da hieß es, VW habe in den letzten 5 Jahren die Steuerquote von 34 % auf 17% gesenkt, gesteuert von VW Financial Services Braunschweig. Dazu gab es dann seitens der BIBS im Finanzausschuss die Anfrage, wie die Stadt mit diesem negativen Image bzgl. so einer Braunschweiger Firma umgehen möchte.

Antwort des Finanzdezernenten Stegemann: VW beschädige nicht Braunschweigs Image sondern fördere dies. Da bei 17% noch immer ca. 3 Mrd. Euro Steuern gezahlt wurden, wurden bei VW allein für das Jahr 2012 rd. 3 Mrd. Steuern „gespart“. Eine „gute“ Management-Leistung von Herrn Winterkorn für wen? Angesichts einer Steuerflucht von



3 Mrd. € im Jahr von nur einem DAX-Konzern wird jeder Sparaufwurf der Politiker zur Farce!

# Verordnete Jubelfeier für 1,2 Millionen

**Eigentlich hätten die schwachen Ergebnisse des Otto-Jahres abschrecken müssen, aber OB Hoffmann wollte sich und der konservativen Clique offensichtlich noch ein Abschiedsgeschenk machen:**

Victoria Luise, Herzogin der Herzen, sollte in diesem Jahr gefeiert werden. Ein Hochzeits- und Thronjubiläum, ein heiteres Fest, auf das dann auch kein Schatten des künftigen Krieges fallen darf. 1,2 Millionen lässt sich die Stadt das Spektakel kosten, und es waren nicht nur CDU und FDP, die zustimmten, sondern die SPD, die ihre Rolle als Anführerin der neuen Mehrheit nur partiell wahrnimmt, zog treu ergeben mit. Um der aufkommenden

Kritik an der feudalen Geldverschwendung zu begegnen, wurden einerseits Ausstellungen in allen Museen konzipiert, von denen man hoffen mag, dass sie mehr als nur Devotionalien zutage fördern. Alle 'offiziellen' Einrichtungen der Stadt werden einbezogen. Daneben aber droht allerhand Schnickschnack von Seiten des Stadtmarketing, das durch kostümierte Events auch auswärtige Besucher in die niedersächsische Provinz locken möchte. Der Erfolg dürfte überschaubar sein. Weitgehend außen vor gelassen von der städtischen Werbung werden die freien Träger, die mit überwiegend kritischen Beiträgen das Event zu begleiten gedachten.

Schäbige 40 000 € für alle zusammen fanden sich schließlich für sie im Kulturetat. Trotzdem begannen u.a. umfangreiche Archiv-Recherchen des Friedenszentrums, die zutage förderten, dass die „kleinen Leute“ unter den Kosten der steigenden Militarisierung („Wehrvorlage“) sehr litten. Dass der Krieg längst seinen Schatten auf den „Sommer des Jahrhunderts“ geworfen hatte, belegte schon am 26. Januar ein kritischer Vortrag von Prof. Georg Fülberth.

Weitere Veranstaltungen vor allem zum Widerstand von SPD und Gewerkschaften gegen den drohenden Krieg werden folgen.

Dr. Ingeborg Gerlach



## „Magische Verzauberung“ missglückt

Professor Biegel (rechts) beim Braunschweiger Neujahrsempfang am 10. Januar 2013

**Angespannte Aufmerksamkeit erlangte der städtische Neujahrsempfang am 10. Januar durch die Kundgebung des Arbeitskreises „jetzt schlägt's 13“ vor dem Festsaal des städt. Museums auf dem Löwenwall.**

Mit der Bemerkung, die kritische Aufmerksamkeit sei sogar gut für das Kulturprojekt 1913, ging OB Hoffmann in

seiner Neujahrs-Rede auf die Kundgebung ein.

Noch im Vorfeld hatte die OB'rigkeit für diskrete Polizeipräsenz rund um den Löwenwall gesorgt.

Wie nicht anders zu erwarten, spielte die autokratische Fürstenherrschaft des Jahres 1913 auch beim Festredner Prof. Stölzl keine Rolle. Aus der „Wiederkehr der 13“ mit der „magischen

Verzauberung“ durch die Fürstenhochzeit erwachse für Braunschweig der „historische Augenblick“.

**Fazit:**

Man ist deutlich in der Defensive zur drängenden Frage der kritischen Öffentlichkeit, worin denn nun die Faszination der Monarchie angesichts von Militarismus und Säbel-Diktatur des Jahres 1913 liegen soll.

# Welfenhochzeit ohne Ken und Barbie

**Kleine Mädchen werden herzerreißend weinen, und sentimentale Welfenostalgiker heimlich ein Tränlein im Auge zerdrücken.**

Auf massiven Protest einer kritischen Öffentlichkeit hin, u.a. der BIBS, und nach über einjährigem politischen Streit um Inhalte und Themen wurde das upgegradete Programm zur „Welfenhochzeit im Kaiserjahr“ vorgestellt, das jetzt weit unspektakulärer „Themenjahr 1913“ heißt.

Kulturdezernentin Dr. Anja Hesse versprach: „Es gibt definitiv keine Inszenierung der Welfenhochzeit, es gibt keine kostümierte Darstellerin der Viktoria Luise“. Stattdessen wolle man das 100-jährige Jubiläum des Jahres 1913 „zum Anlass nehmen, über die Geschichte zwischen Monarchie und Moderne im Braunschweiger Land nachzudenken“.

**Mit 650.000 € aus der Stadtkasse und weiteren 600.000 €** von Stiftung Nord LB/Öffentliche, Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, Dom, TU, Staatstheater und Museen wurde ein Programm aus rund 200 Ausstellun-

gen, Führungen, Vorträgen, Konzerten und Inszenierungen erarbeitet, das auch die Friedensbewegung gegen den 1. Weltkrieg, die Anfänge der Frauenbewegung im Braunschweiger Land, die Arbeiterbewegung, Architektur, Kunst oder die Kriegstraumata von Soldaten und Kindern betrachtet. Die Ewiggestrigen müssen Sehnsüchte nach welfischem Hochzeitsglanz ohne ihre herzoglichen Kens und Barbies dienstags bis sonntags zwischen 10 und 17 Uhr bei einer Ausstellung im „Schloss“-Museum befriedigen – oder im Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte, das selbstverständlich alle Facetten blau-gelber Kleinstaaten-Herrlichkeit beleuchtet.

„Wir haben an alle und alles gedacht. Es gab 1913 nicht nur Jubler an den Straßenrändern“, verkündete Dr. Anja Hesse späte städtische Einsicht. So spiegele das nun entworfene Programm mit der Einbindung freier Träger, Initiativen und Einzelkünstlern auch „die Kulturfähigkeit dieser Stadt“.

Ihr persönliches Highlight sei der

Braunschweiger Orgelmarathon, bei dem am Freitag, 7. Juni, ab 20 Uhr, in der Brüdernkirche Komponisten vorgestellt werden, die 1913 das Braunschweiger Musikleben prägten. Aber auch an Kinder habe man gedacht. Im Bilderbuchkino der Stadtbibliothek widme man sich historischen Kinderbüchern. Allerdings erst im Jahr 2014. Einen großen Anteil zum „Themenjahr 2013“ steuert das Staatstheater Braunschweig bei, in dem am 4. Juni um 19.30 Uhr (Kleines Haus) auch Ex-„FAZ“-Feuilletonist Florian Illies aus seinem Buch „1913“ liest. Keine Rolle im Themenjahr-Programm spielt hingegen Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann. Von irgendwelchen feierlichen Eröffnungen mit dem Durchschneiden roter Bänder und dem Verlesen mühsam gedrehter Ansprachen haben die Organisatoren ihn befreit.

Das komplette Programm zum Themenjahr 1913 gibt es u.a. im Rathaus, der Touristinfo am Dom und im Internet unter [www.braunschweig.de/1913](http://www.braunschweig.de/1913).

(kno)

# Worauf Braunschweig wirklich stolz sein könnte: Internationaler Frauentag

**Der Internationale Frauentag hat etwas mit Braunschweig zu tun, und insbesondere mit Minna Faßhauer.**

Darüber erschien in der BZ am 07.03.2013 eine Würdigung von Prof. Biegel über die bemerkenswerten Braunschweiger Vorgänge, die als Vorläufer-Ereignisse diesen Tag entscheidend mit beflügelt haben. Biegel schreibt dazu u.a.:

„Das alles beherrschende Thema der ersten Jahre war tatsächlich die Forderung nach dem freien, geheimen und gleichen Frauenwahlrecht. Daneben ging es um ein Problem, das bis heute kaum an Aktualität eingebüßt hat, nämlich die Forderung „gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung für Frauen und Männer sowie die Festsetzung von Mindestlöhnen“.

Biegel berichtet weiter, noch bevor der 8. März international als Frauentag bestimmt worden sei, hätte dieser bereits in Braunschweig eine besondere Bedeutung besessen.

Damals hätten große Frauenkundgebungen, erstmals an diesem Tag, stattgefunden unter Leitung der Braunschweigerin Minna Faßhauer, die in engem Kontakt zu Clara Zetkin und Rosa Luxemburg stand.

Er berichtet vom Kampf um Gleichbe-

rechtigung der Frauen und Frauenwahlrecht.

Dieser Aspekt zur Braunschweiger Sicht auf „1913“ findet sich im Kulturprojekt der Stadt mit keinem Wort erwähnt, auch nicht die Rolle von Minna Faßhauer, die kurz darauf sogar eine herausgehobene Bedeutung als erste Ministerin im Jahre 1918 erlangte. Da hätte die Stadt mal echt was Eigenes und historisch Bemerkenswertes zum Thema „1913“ gehabt und nutzt es nicht!

**Frauenkämpfe von 1913 wurden im städt. Kulturprojekt ausgeblendet**

Die Kulturverwaltung hatte diese Aspekte für ihr offizielles Programm zur Jahrhundert-Kulturfeier ausgeblendet und z. B. einem entsprechenden Beitrag eines freien Kulturträgers jegliche Förderung versagt.

**48 € für kostenlose Kopien sind der Stadt zuviel**

Selbst 48 € für Kopien aus dem Stadtarchiv seien zuviel. Stattdessen gab der Verwaltungsausschuss der Stadt mit Stimmen von CDU und SPD weitere 100.000 € für's Stadtmarketing für „1913“-Image-Werbung zur Beschlussfassung frei mit Einzelpositionen wie „typischerweise Verwendung fanden Speisen und Getränke ...“

# „Pardon wird nicht gegeben“

Laut Wikipedia wurde das Braunschweigische Husaren-Regiment Nr. 17 auch als „Totenkopfhusaren“ bezeichnet.

Ihr Emblem, der Totenkopf mit gekreuzten Knochen, war auf der Fellmütze befestigt. Der Totenkopf sollte zeigen, „Pardon wird nicht gegeben“.

Der Totenkopf als Symbol für die Bereitschaft zu bedingungsloser Gefolgschaft und rücksichtslosem Gewalteinsatz war schon 1741 beim 5. preußischen Husaren-Regiment an der Pelzmütze befestigt. 1809 wurde der Totenkopf auf der Kopfbedeckung beim Braunschweiger Husaren-Regiment Nr. 17 durch gekreuzte Knochen ergänzt.

Diese Variante ist als „Braunschweiger Totenkopf“ Teil der Militärgeschichte geworden.

Im Ersten Weltkrieg schmückten sich Panzereinheiten und Flammenwerfer Einheiten mit dem Braunschweiger Totenkopf. Bei den Freikorps gegen die Novemberrevolution 1918/19 war diese Totenkopf – Variante Ausdruck für Anti-Liberalismus, Anti-Bolschewismus und militaristische Grundhaltung.

Auch die SS und die Wehrmacht der Faschisten nutzten den Totenkopf in der Braunschweiger Version als Abzeichen an den Uniformen der besonders grausamen Elitetruppen (Leibgarde



Zeitgenössische Illustrierte von 1913 mit Kaisertochter Victoria Luise, links

Adolf Hitlers, SS-Totenkopfddivision, Panzertruppen).

Victoria Luises Totenkopf-Emblem stand bis 1913 - und danach - für brutalen Militarismus.

Das Rathaus möchte solche Betrachtungen möglichst aus dem offiziellen Kulturprojekt heraushalten und plante stattdessen, Darstellerinnen gegen Gage in schönen Kleidern als Victoria Luise in der Art einer Braunschweiger Lady Di auftreten zu lassen.

Dafür wurden 1,2 Mio. € aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt.

Mehr über die Hintergründe finden sich auf der Seite des Arbeitskreises „Jetzt schlägt's 13!“

# „Geht erst mal arbeiten!“

## Vom Umgang mit der Öffentlichkeit beim Amtsgericht BS

Wie korrekt geht man beim Amtsgericht Braunschweig mit der Öffentlichkeit um? Zwei Vorfälle, die „unser-braunschweig“ von verschiedenen Aktivistinnen geschildert wurden, werfen ein Schlaglicht mit üblem Beigeschmack auf das Thema. Offenbar will die Justiz bei heiklen Themen unter sich bleiben und schreckt dazu nicht vor herabwürdigenden und fragwürdigen Mitteln zurück. So berichtet uns ein Aktivist, der als Zuschauer in einem Verfahren teilnehmen wollte:

„Obwohl ich bereits 20 Minuten vor 9 Uhr das Amtsgericht betrat, wurde ich so lange durch Warten vor Eingangskontrollen, Leibesvisitationen, Hosen- und Manteltaschenkontrolle, Ablegen von Kleidungsstücken etc. und schließlich einer weiteren Eingangskontrolle vor dem Verhandlungssaal selbst mit angeordneter Ausweiskontrolle sowie Ausweis-Kopieren aufgehalten, dass mir ein zeitgerechtes Durchkommen bis in den Verhandlungssaal nicht möglich war.“ Das Verfahren sei ohne Rücksicht auf die noch wartenden Zuschauer begonnen und durchgeführt worden. Dabei, so unser Informant, sei durch das Gerichtsverfahrensgesetz geregelt: „Sind derartige Beschränkungen angeordnet, die zu Verzögerungen beim Zutritt zum Sitzungssaal führen können, so darf das Gericht die Sitzung erst beginnen, wenn rechtzeitig am Gerichtsgebäude erschienene Zuhörer in den Sit-



Die Aktivistin Hannah wird als Zuschauerin aus dem Amtsgericht BS „geräumt“.

Foto: AktivistInnenfoto

zungssaal gelangen konnten“.

Als der verhinderte Zuhörer sich beim stellvertretenden Leiter des Amtsgerichts beschwerte, so sagt er, sei ihm von einem Justizwachtmeister zugerufen worden: „Geht erst mal arbeiten!“.

Nur durch Einschreiten seiner Kollegen sei verhindert worden, dass der offenbar höchst erregte Gerichtsdienstler handgreiflich wurde.

Bereits am 29. Mai 2012 wurde eine junge Frau gewaltsam durch mehrere

Justizangestellte aus dem Amtsgericht Braunschweig „entfernt“. Das brutale Vorgehen der Behördenmitarbeiter wird durch unser oben abgedrucktes Foto dokumentiert.

Anbei der Bericht von Hannah.

Die auf dem Foto abgebildete Hannah wurde am 29. Mai 2012 aus dem Braunschweiger Amtsgericht „geräumt“. Sie stimmte ausdrücklich der Veröffentlichung zu. Ihr Kommentar:

„Meiner Erfahrung nach sind die Zustände zumindest in den Gerichten in Hannover und Celle ebenso wie in Braunschweig; von anderen Orten höre ich Ähnliches. Es handelt sich hier um keinen Einzelfall; die quasi-absolute Machtposition der Richter/innen und ihrer Wachtmeister/innen leistet solcherlei Vorfällen Vorschub. Zudem sind die Rauswürfe aus den Gerichtssälen ja noch vergleichsweise harmlos angesichts des oft entwürdigenden Umgangs mit Angeklagten (insbesondere solchen, die sich der Macht nicht sofort beugen, aber auch vielen, die ihre Rechte nicht kennen) und der Verurteilungen zu Gefängnisstrafen oder potentiellen Ersatzfreiheitsstrafen bei unbezahlten Strafgebern, deren negativer Effekt ja nun hinreichend bekannt ist. Insofern fände ich es sehr begrüßenswert, wenn die vermeintlichen Extremfälle im AG BS vielmehr als das dargestellt würden, was sie sind: Normalität in deutschen Gerichten.“

## Üplingen, heimliche Schande der Braunschweiger Stiftung

Mehrfach berichteten wir über die Versuchs-Felder der Gen-Industrie auf den Stiftungsgütern der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (vgl. in Ausgabe Nr. 6 „Stiftung paktiert mit mafiosen Lobbyverein“). Briefe der Redaktion ließ die Stiftungsleitung unbeantwortet. AktivistInnen gegen die Genmanipulation von Agrarprodukten sahen sich Strafverfolgungen ausgesetzt. Nun könnte es zur Kehrtwende kommen.

### AgroGentechnik in Üplingen auf Rückzug

Die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz könnte nämlich jetzt die Geschäftsverbindungen mit dem „mafiosen“ Lobbyverband „Inno-Planta“ lösen, denn der Pachtvertrag für die Güter in Üplingen läuft im Juni 2013 aus. Im Vorstand der Stiftung sahen sich immer wieder öffentlicher Kritik ausgesetzt u.a. - der Oberbürgermeister Braunschweigs, Hoffmann, - der

evangelische Landesbischof Weber, - der ehemalige Ministerpräsident Glöckner.

Die Evangelische Kirche ist in der SBK sehr mächtig. Über öffentliche Debatte möchten die Agrogenkritiker nun noch verstärken, damit zukünftig keine Verpachtung an Gentechnikanwendungen mehr geschieht.

\*gemäß Oberlandesgerichtsurteil darf „Inno-Planta“ zur „Gentechnikmafia“ gehörig bezeichnet werden.



Ein Gericht stellte im Februar 2013 das Strafverfahren gegen einen Aktivist bzgl. Üplingen auf Staatskosten ein.

## ASSE Schacht Alle Jahre wieder!



Samstag, 31. August 2013

Am Samstag den 31. August 2013 findet zum 7. mal die ‚Nacht am Schacht‘ statt. Der Verein ‚aufpASSEN‘ lädt ein nach Remlingen direkt an der Asse zu einem Fest für Jung und Alt.

Um 15 Uhr ist eine Podiumsdiskussion mit den Themen Atomenergie und Energiewende geplant. Dazu wurden alle Bundestagskandidaten des Bundestagswahlkreises Salzgitter – Wolfenbüttel (Wahlkreis 49) eingeladen. Im Verein ‚aufpASSEN‘ haben sich Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen, um auf die Probleme der Atommülldeponierung im Allgemeinen und auf die Probleme in der Asse im Besonderen aufmerksam zu machen. So wird auch die Rückholung des Atommülls aus der Asse kritisch begleitet.

### Asse-Gesetz

Seit Januar 2010 steht fest, dass die Rückholung des Atommülls die einzige sichere Option ist, damit auch die nachfolgenden Generationen hier an der Asse sicher leben können. Und was ist seitdem passiert?

Es wurde ein Asse -Gesetz geschaffen, um die Rückholung zu beschleunigen.

Aber auch dieses Gesetz erlaubt, die Rückholung abzubrechen. Ist das Gesetz vielleicht dafür da, um die Rückholung gesetzestreu zu beenden?

### ASSE trug den Spitznamen „Pfütze“

Der ‚Parlamentarische Untersuchungsausschuss Asse‘ hat festgestellt, dass der Schacht Asse II eigentlich nie trocken war.

Im Jahr 1939 lag der Wasserzulauf bei 7 m<sup>3</sup> pro Tag. Drei bis vier Kubikmeter Süßwasser flossen im Jahr 1964 täglich zu und 0,7 Kubikmeter Lauge auf der 750 Meter Sohle. An der Universität Clausthal hatte die Asse bei einigen Professoren sogar den Spitznamen „Pfütze“. Auch die Standsicherheit des Bergwerks Asse II war schon zum Zeitpunkt der Einlagerung des Atommülls 1967 nicht gegeben, denn schon seit 1966 wurde eine Pfeilereinigung beobachtet, die sich in den folgenden Jahren linear fortsetzte. Trotz allem wurde in die Asse Atommüll eingelagert und diese Einlagerung als Forschung deklariert.

Wir müssen weiter ‚aufpASSEN‘ und nicht glauben, dass die Rückholung nun automatisch durchgeführt wird!

Eichtal:

# Yuppie-Ghetto im Kleine-Leute-Viertel

**Verwaltung und etablierte Kommunalpolitiker setzen auf den Einsatz des Brechmeißels statt auf behutsame Stadtteil-Entwicklung.**

Ein Luxus-Appartement mit unverbaubarem Okerblick und eigenem Bootsanleger vor der Tür – welcher vermögende Braunschweiger Bürger träumt nicht von diesem Wohndyll? Im ehemaligen Arbeiterquartier Eichtal zwischen Okerufer und Celler Straße soll es zu Quadratmeterpreisen bis 3000 Euro für Gutbetuchte Wirklichkeit werden. Das Nachsehen haben die alteingesessenen Anwohner im Arme-Leute-Kiez neben der ehemaligen Jutespinnerei.

Zusammen mit Bernd Müller von der kleinen Baufirma „Kreativ Werkstatt“, der als Kind selbst im Eichtal aufgewachsen ist, mache ich mich auf zu einem Rundgang durch die nur sieben Straßenzüge zwischen Neustadtring und altem Ringgleis. Gleich an der Ostseite der Spinnerstraße ist die schöne, neue Eichtal-Wohnwelt schon zu erahnen: Fünfgeschossig gestaffelte Appartement-Häuser mit den unvermeidlichen Balkons aus Grünglasreling und V2A-Geländer schotten sich hinter gärtnergepflegtem Buschwerk trutzig von der Straße ab. „Angehübschter Plattenbau durchschnittlicher Planungs- und Ausführungsqualität“, urteilt Müller. „Für alte



Soll als „Solitär“ zwischen Luxus-Plattenbauten alte Arbeiter-Romantik beflügeln: das denkmalgeschützte Portal der Jutespinnerei.

Menschen, körperlich eingeschränkte Personen oder große Familien mit Kindern sind diese Wohnanlagen vollkommen ungeeignet. Ein billiges Yuppie-Ghetto. „Um es teuer verkaufen zu können, gibt es eigene Carports, Haustür-Sprechanlagen und einen trostlosen Mini-Spielplatz. An einer Haustür mahnt ein selbstgemaltes Achtungsschild: „Bitte Tür schließen!!“ Man will unter sich bleiben.

Einen Block weiter ebenen Abrissbagger die Reste der ehemaligen Jutespinnerei ein. Nur das Haupttor, eingeraht von Stahlgerüsten, wird von den Brechmeißeln verschont. Als „Solitär“ solle es „an die Vergangenheit des Geländes erinnern“, kolportierte ein ehrfurchtiger BZ-Reporter diese hohle Schwärmerei von Bauherr Konrad Kloster. Tatsächlich zieht der auf den



alten Industrieflächen mit seinem Finanzierungspartner Braunschweigische Landessparkasse „die wohl schönste Adresse Braunschweigs“ (Eigenwerbung) hoch, das „Oker Marina Resort“. Mit 80 Luxus-Eigentumswohnungen für bis zu 700.000 Euro Kaufpreis, 100 Stell- und Tiefgaragenplätzen sowie eigenem Sportboothafen. Ein Hauch Hamburger Hafen-City in der niedersächsischen Provinz. Mit Blick auf's Heizkraftwerk statt auf die Elb-Philharmonie.

Viel Harmonie dürfte sich zwischen Alt- und Neu-Eichtalem ohnehin nicht einstellen. Direkt auf der anderen Straßenseite offenbart sich die Tristesse eines schleichenden sozialen Verfalls. Manche Fenster der einfach verglasten

Mietskasernen sind eingedroschen und mit Pappe hinterklebt. Ganze Wohnetagen stehen leer. An jahrzehntelang vergrautem Mauerputz verraten Emaille-Hausnummern und zementierte Blut- und Boden-Fresken die bauliche Entstehung in den 40-er Jahren als Arbeiterquartier. Doch Arbeiterfamilien gibt es hier kaum noch. Rentner, Junkies, Niedriglöhner und andere sozial Ausgegrenzte sind ins alte Eichtal gezogen. 22 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Ein Drittel der Kinder lebt in Hartz-IV-Familien. Der Anteil an Transferempfängern ist doppelt so hoch wie im Stadtdurchschnitt,

ermittelte das stadteigene „Quartiersmanagement plankontor GmbH“ ohne jede Konsequenz. Carports braucht hier niemand. Es gibt weit mehr Parkplätze als Bewohner, die ein eigenes Auto besitzen.

„Hier wird kalt entmietet durch Verfalllassen“, erzürnt sich Bernd Müller. Und das geschieht im wahrsten Wortsinne. „Ich habe leider kein warmes Wasser in der Küche. Aber dafür bezahle ich nur fünf Euro pro Quadratmeter“, erzählt uns Ramona (29), die wir mit ihren Hunden Felicitas und Jara auf einem der Grün-Gevierte zwischen den Mietskasernen entdecken. „Von meinem Gehalt im Einzelhandel kann ich mir keine andere Wohnung leisten. Hier habe ich immerhin 44 Quadratmeter, in denen auch noch Tiere erlaubt sind.“ Es sei sogar damit

geworben worden, dass die Wohnungen sich auch für Hartz-IV-Empfänger eignen, berichtet sie. Dementsprechend sei die Nachbarschaft. Und dazu gebe es eben die Alten, die von früher übrig geblieben sind.

Manche von ihnen haben sich in den Innenhöfen bis heute ihre grünen Oasen erhalten: Minilauben mit akku-

gelkriegsjahren, die inzwischen für Manche wieder überlebenswichtig ist. Was es dafür nicht mehr gibt, sind die kleinen Geschäfte im Viertel. „Da drüben war mal ein Tante-Emma-Laden. Und dort ein Kiosk“, sagt Müller, als wir unseren Spaziergang fortsetzen. Auch die alte Kneipe, in der die Spinnererei-Arbeiter ihr Feierabend-Bierchen hoben, ist längst dicht. Und mit



Ramona (29) ist vor zwei Jahren ins Eichtal gezogen. Nur hier fand sie als Geringverdienerin eine bezahlbare Bleibe für sich und ihre Hunde Felicitas und Jara.

raten Kohlbeeten, Möhren, Schnittlauch und Kartoffeln direkt vor der Wohnungstür am Gehsteig. „Das war eine der Ideen der damaligen Mustersiedlung. Dass die Menschen sich hier autark mit dem Notwendigsten selbst versorgen können“, erklärt Bernd Müller die Nazi-Ideologie aus Man-

der sozialen Infrastruktur verschwindet das Miteinander der Bewohner. „Täglich geht es bergab“, berichtet Klaus-Dieter K. aus der Kreuzkampstraße. „Jeden Abend ein Polizeieinsatz. Hier hat die Stadt absichtlich Drogenabhängige einquartiert, um die normalen Bewohner zu vertreiben und

das Viertel so für Spekulanten zu öffnen.“ Schon vor Jahren habe man viele der Häuser an einen Großinvestor für billiges Geld verschachert. Der lasse jetzt alles herunterkommen nach dem Prinzip Heuschrecke: billig kaufen, Fördermittel abgreifen, Steuern sparen und nach dem Ausschachten der Substanz abstoßen.

Die Folgen sind augenfällig. Direkt neben der Kita am Leibnitzplatz rauf sich ein Malermeister die Haare, weil in einem Tordurchgang wieder einmal die billige Styropor-Isolierung in Brand gesteckt wurde – die Flammen haben bis zum zweiten Stock alles verschmort. Eine Tür weiter stapelt sich Sperrmüll neben einer Halde aus aufgekackten Einkaufswagen vom nahen EKZ in der Celler Straße. „Sowas gab's zu unserer Zeit nicht. Für uns war das Viertel ein schöner Abenteuerspielplatz“, sagt Bernd Müller. „Wir haben zwischen den Teppichstangen in den Höfen Fußball gespielt und unter der alten Ringgleisbrücke



Vandalismus kennzeichnet den sozialen Verfall. Vor einem Haus am Leibnitzplatz stehen geknackte Supermarktwagen, die billige Fassadendämmung ist besprüht und zerstört.

am Okerufer das erste Mal mit Mädchen geknutscht.“

Die Teppichstangen und Wäscheleinen im Eichtal haben sich bis heute behauptet als Relikte aus einer Zeit, in der sich niemand einen Staubsauger oder Kondentrockner leisten konnte. Und werden von manchen Bewohnern im Eichtal auch deshalb wieder benutzt.

Wo die Ringgleisbrücke die Oker querte, endet nach den Plänen von Investoren in Zukunft das Neubaugebiet „Gartenkamp“. Es soll mit noch mehr Luxus und „Blick ins Grüne“ das Filetstück „Oker Marina Resort“ im Norden arrondieren. Dabei wird seit Jahren überlegt, wie man das Quartier vor Luxus-Sanierung schützt. Doch die Braunschweiger Feierabend-Politiker der etablierten Parteien kontrollieren das Treiben der Spekulanten nur halbherzig. Ihre angestammte Arbeiter-Klientel im Eichtal ist längst einer Nichtwählerschaft aus Migranten und sozial Benachteiligten gewichen. Und für die muss man sich offenbar nicht einsetzen. Von Nichtwählern wird man ja nicht gewählt.

Text und Fotos: Klaus Knod

# Kein Bedarf für neues Freizeit- und Bildungszentrum?

*Bildung und Freizeit im Bürgerpark wurde einem Luxushotel geopfert*

Der Rat hat zwar beschlossen, Ersatz für das abgerissene Freizeit- und Bildungszentrum zu schaffen, doch Zweifel kommen auf, ob man sich im Rathaus daran auch hält.

So war in der BZ vom 18.04.2013 zu lesen, der Oberbürgermeister habe die CDU auf einen neuen Sparkurs eingeschworen. „Die bunte Mehrheit im Rathaus“ habe nicht verstanden, „dass man sich nur vornehmen könne, was man sich auch leisten kann. Ausgaben für Rasengleise, das Freibad in Waggum oder ein neues Freizeit- und Bildungszentrum gehören nach Meinung von Hoffmann nicht dazu.“

Wie soll eine Verwaltung einen Ratsbeschluss umsetzen, wenn der Chef dagegen arbeitet? Wird hier nicht der Ratsbeschluss zum Bau eines neuen Zentrums hintertrieben? Die Hoffnung von Kulturschaffenden und Kulturinteressierten wird enttäuscht. Dagegen hat sich eine Gruppe zusammengeschlossen, die einen Verein für ein neues, selbstverwaltetes FBZ gründen will.

Gegenwärtig finden Anhörungen zum neuen FBZ statt, mit ca. 20 Teilnehmern unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein positiver Vorschlag der Verwaltung läßt auf sich warten. Eine zentrale Frage der Verwaltung ist, welchen Bedarf die Nutzer anmelden und wie dieser Bedarf ermittelt werden soll. Mit den bisherigen Vorschlägen der Kulturschaffenden gibt sich die Verwaltung nicht zufrieden.

Wie könnten die Szenarien aussehen: Eine Möglichkeit wäre, der Volkshochschule die Trägerschaft anzudienen. Eine andere wäre, es fände sich ein privater Konzertveranstalter. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass ein Sozialträger beauftragt würde. Auch Mischformen wären denkbar, die Stadt selbst betreibt ein Haus und die Halle würde von einem externen Veranstalter übernommen.



## Was spricht für eine Selbstverwaltung?

Wir könnten durch die eigene Ausarbeitung eines Jahresprogramms bewusst die Kultur von unten fördern und dem Nachwuchs eine Chance bieten.

Wir könnten durch Eigenleistungen wirtschaftlicher sein, z. B. ein Gebäude betreiben und den Mietpreis pro m<sup>2</sup> günstiger halten.

Einnahmen aus der Bewirtung würden direkt in die Angebote des Zentrums einfließen.

Wir könnten durch niederschwellige Angebote für die verschiedenen Sparten von Kunst eine Lücke schließen.

Wir wollen ein neues FBZ, das den verschiedenen Kulturinhalten eine Bühne bietet (z. B. würden wir ohne das Universum-Kino viele Filme in Braunschweig nicht mehr sehen können).

Die Kultur von unten steht für Kleinkunsthöfen, Soziokultur, die unserer Meinung nach gar nicht oder zu knapp gefördert werden.

Kontakt: Bernd Müller / Email: kreativwerkstatt@web.de

## Wie sieht es die Stadtverwaltung?

Die Stadt müsste sich einen etablierten Träger suchen (Höhere Kosten für die Stadt).

Die Stadt plant für einen Neubau ca. 5 Mio € und kalkuliert ca. 500 000.- € jährliche Zuschusskosten.

Die Einnahmen aus der Bewirtschaftung würde ein potenzieller Träger als zusätzlichen Gewinn verbuchen.

Ein kommerzieller Träger hat daran kein Interesse, wenn die Stadt einen Träger beauftragt entstehen zusätzliche Kosten.

Die Verwaltung sucht eine abgespeckte kleine VW-Halle.

Die Verwaltung steckt den größten Posten in die Hochkultur, z. B. wird das Staatstheater mit ca. 10 Mio € bezuschusst.

## Als Mäuschen...

*weiter von Seite 1*

Verstößt diese Ungleichbehandlung gegen den Gleichheitsgrundsatz, dem Sie verpflichtet sind?

Statt klarer Antworten auf klare Fragen antwortete Hoffmann nur mit persönlichen und beleidigenden Herablassungen. Aber das kennt man ja mittlerweile vom Chef der Braunschweiger Verwaltung. Wenn dem Oker-Napoleon die Argumente ausgehen, driftet er ins polemische Fach ab und schreckt vor persönlichen Angriffen nicht zurück – Kostprobe seines Antwortschreibens: „Zunächst kann ich in gewisser Weise doch Ihre Enttäuschung verstehen, dass nicht auch Sie nebst Ihrer Gattin zu dem mit dem Empfang verbundenen Abendessen eingeladen worden sind... Gleichwohl wäre das möglicherweise auch für Sie und Ihre Gattin ein schöner Abend gewesen – auch ohne Champagner und Hummer“.

Nach diesen persönlichen Herabsetzungen greift er „unser-braunschweig“ direkt an: „Möglicherweise habe ich die regionale und nationale Bedeutung Ihres Presseorgans unter-

schätzt.“

Dabei müsste auch Hoffmann wissen: Hier ging's nicht um's kostenfreie Fressen und Saufen auf Steuerzahlerkosten (Die Gesamtrechnung der Sause betrug 850,86 Euro; ein Betrag, von dem ein Hartz-IV-Empfänger zweieinhalb Monate leben muss. Und ein Betrag, der seinen CDU-Parteifreund Christian Wulff das Amt des Bundespräsidenten kostete sowie ein Strafverfahren wegen Bestechlichkeit einbrachte).

Hier geht es um die Frage, ob der Journalist Armin Maus als „BZ“-Chef bevorzugt behandelt wurde – damit seine zukünftige Hofberichterstattung den Machterhalt der CDU im Braunschweiger Rathaus sichern hilft. Und genau hierauf deutet Hoffmanns eigene Aussage hin. In seinem Brief schrieb er: „Fakt ist ... dass Herr Maus nicht etwa als „Journalist“ zwecks Berichterstattung über das Essen eingeladen worden ist, sondern in seiner Funktion als Chefredakteur und damit als Person des öffentlichen Lebens und erster Repräsentant der Braunschweiger Zeitung.“ (kno)

# Flugverbotszone gefordert „Wieder vorkommender Einzelfall“

Anwohner beobachten immer wieder startende Flugzeuge direkt über den Atomanlagen im Norden der Stadt. Am 16.4.03 durchkreuzten aber auch noch mehrere Militärjets der Bundeswehr den Braunschweiger

Luftraum, einer davon sogar im Tiefflug über das Buchler-Gelände sowie über das angrenzende Schulzentrum. Auf eine Bürgeranfrage im Bezirksrat Wenden/Thune/Harxbüttel kam nun die Antwort der Stadt:

„Der Stadtverwaltung sind solche Flüge nicht bekannt und sie werden auch nicht bei der Stadt Braunschweig angemeldet. Dies ist auch nicht notwendig.

Laut Luftwaffe handelt es sich um einen Einzelfall, der wieder vorkommen könnte. Braunschweig ist grundsätzlich kein militärisches Übungsgebiet.

Die Standorte von Firmen mit der Produktion von radioaktiven Stoffen wie vorliegend die Firmen an der Harxbütteler Straße sind dort nicht bekannt.

Eine behördliche Genehmigung für diese Übungsflüge ist nicht notwendig.“



Fotoquelle: wikipedia.org

## OB verurteilt...

*Fortsetzung von Seite 1:*

Hoffmann hatte beiden Fraktionen Akteneinsicht zu den umstrittenen Verträgen mit dem umstrittenen „Stadtmäzen“ Borek verweigert. Das Verwaltungsgericht untersagte dem Oberbürgermeister am 25.4.03 dieses Vorgehen. Es folgte damit der Auffassung der BIBS, die vor Gericht geltend gemacht hatte, diese Einsicht sei geeignet, „Schlamperei, Korruption und

Begünstigung der Verwaltung“ entgegen zu wirken. Das Gericht stellte fest: „Nur wenn die Ratsmitglieder so umfassend wie möglich unterrichtet sind, können sie ... (ihre)... Aufgaben effektiv erfüllen.“ Darüber hinaus, so das Gericht, könne der Rat „seine umfassende Pflicht, den OB zu überwachen, nicht ausreichend erfüllen, wenn Informationsrechte von der Benennung eines konkreten Anlasses abhängen“. Siehe dazu auch auf S. 4 „Akteneinsicht Borek“.

# Unveröffentlichter BZ-Leserbrief zum Nationalpark Harz

Leserbrief an die Braunschweiger Zeitung zu dem Artikel „Harzer Wald im Klima-Stress“ vom 06.03.2013

In diesem Artikel wird der Leiter des Nationalparks Herr Pusch sinngemäß so wiedergegeben: „Im Nationalpark setze man auf die Selbstheilungskraft der Natur“. Und das oberste Ziel sei bis zum Jahr 2022 75 Prozent der Fläche sich selbst zu überlassen. „Damit wird die bereits vorhandene Naturdynamik entscheidend vergrößert“ so der Kommentar dazu. Unser Verein „Bürgerinitiative Nationalpark Harz“ setzt sich seit vielen Jahren für den –

auch vom Bundesgesetz vorgeschriebenen – Prozessschutz im Nationalpark Harz ein. Hier mussten wir leider die Erfahrung machen, dass dieser Naturschutz – wenn überhaupt – nur für die Bäume und hier vornehmlich auf den Bestand der Buchen eingeschränkt ist. Dass auch Tiere wie z.B. das Rotwild ebenfalls Bestandteil der Natur sind, auf diese Idee scheint in diesem Zusammenhang niemand zu kommen. Im Gegenteil, wer dieses begehrte Jagdsymbol zur Sprache bringt, wird sofort mit einem unauflösbar scheinenden Widerspruch (Antagonismus) zwischen den jungen Buchen ei-

nerseits und dem junge Triebe verspeisenden Rotwild andererseits konfrontiert. Und dies, obwohl Fachleute auf diesem Gebiet wissen, dass ein sogenannter Verbiss von Trieben nicht unbedingt den betroffenen jungen Baum vernichtet, sondern allenfalls dazu beiträgt, dass sein Höhenwachstum eingeschränkter ist, als bei nicht verbiessenen Bäumen. Eine Tatsache, die jedoch zur Folge hat, dass den anderen Bäumen mehr Licht zur Verfügung steht und sich insgesamt die Vielfalt der pflanzlichen Vegetation im Wald überhaupt verbessert. Dies sei nur als ein Beispiel unter vielen genannt.

Konstatieren kann man leider nur, dass seit 2007 bis zum letzten Berichtsjahr von 2011 die Abschussquote an Rotwild kontinuierlich gestiegen ist. Waren es 2007 noch 334 Abschüsse, sind es im Jahr 2011 bereits 468 Abschüsse. Es handelt sich hierbei um Hirsche, Schmalspiesser, Hirschkälber und weibliches Wild. Angesichts dieser Zahlen und der kontinuierlichen Entwicklung nach oben, stellt sich die Frage: Was in aller Welt soll hier noch Naturschutz, Naturdynamik oder gar Prozessschutz sein? Verein Bürgerinitiative Nationalpark Harz. i.A. Dr. H. Blöbaum



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.

Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00),  
Stichwort „Spende“.

Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!